

# Forum

## GASTKOMMENTAR

### Deutschland steht alleine

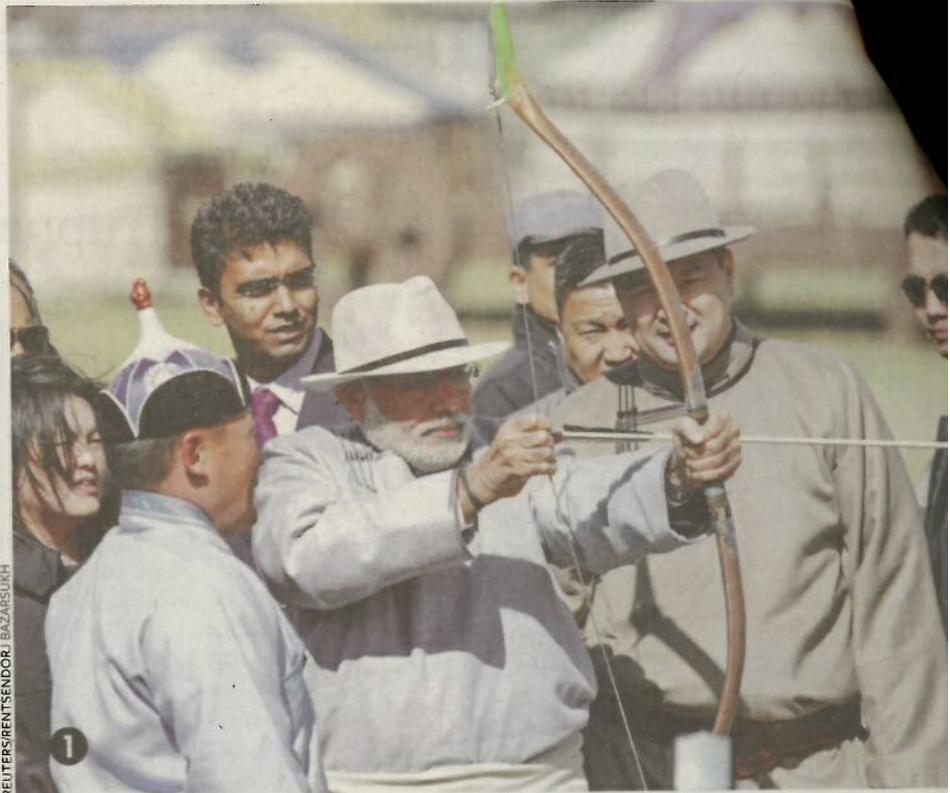
CHRISTINE LÜDERS



Es begann mit einem Kuss. Anfang des Jahres sorgte die Betreiberin eines bekannten Wiener Kaffeehauses für internationale Schlagzeilen, weil sie zwei lesbische Frauen vor die Tür setzen ließ, die sich als Gäste ihres Etablissements geküsst hatten. Der ganz alltägliche Beweis der Zuneigung ruft für schwule oder lesbische Paare immer noch böse Blicke, Beschimpfungen, Herabsetzungen und Schlimmeres hervor. Dass derartige Homophobie in Europa nach wie vor das Leben vieler Menschen überschattet, das darf man keinesfalls vergessen.

Diesem Problem muss sich Europa als Ganzes stellen. Und die EU wäre auch durchaus dazu bereit. Doch es ist ausgerechnet Deutschland, das sich einer europäischen Regelung für einen einheitlichen Schutz gegen die Diskriminierung von Lesben, Schwulen und Trans-Menschen, aber auch von Menschen mit Behinderung, von Senioren und Angehörigen religiöser Minderheiten in den Weg stellt. Erst vor wenigen Tagen hat die Bundesregierung die zuständige EU-Kommissarin für Justiz und Verbraucherschutz bei ihrem Berlinbesuch abblitzen lassen. Nachdem andere Mitgliedsstaaten wie Tschechien und Malta ihre ursprünglichen Bedenken zurückgestellt haben, ist Deutschland nunmehr das einzige Land, das beim Diskriminierungsschutz über Inhalte nicht einmal reden will.

Die Situation ist absurd: Die Bundesregierung verweigert sich konkreten Verhandlungen über eine neue Gleichbehandlungsrichtlinie, die vielen Menschen Europas genau das Schutzniveau garantieren würde, das die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland längst haben. Die Diskriminierung, die die beiden Frauen in Wien erlebt haben, wäre in Deutschland ein klarer Verstoß gegen das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) gewesen. Der Wirtin hätte



REUTERS/RENTSENDORI/BAZARSUKH



REUTERS/KODO

## ESSAY

# Ein Lob auf

schen Europas genau das Schutzniveau garantieren würde, das die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland längst haben. Die Diskriminierung, die die beiden Frauen in Wien erlebt haben, wäre in Deutschland ein klarer Verstoß gegen das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) gewesen. Der Wirtin hätte damit unter Umständen eine Entschädigungszahlung gedroht. In Österreich hingegen gibt es keinen zivilrechtlichen Schutz vor Diskriminierung wegen der sexuellen Orientierung. Und so ist das auch in vielen anderen Ländern Europas. Auch jenem Stationsvorsteher, der vor Kurzem am Bahnsteig des Thalys in Paris einem lesbischen Paar den Abschiedskuss verbieten wollte, war auf gesetzlichem Wege nicht beizukommen.

Der Blockadekurs Berlins schadet auch deutschen Staatsbürgern im europäischen Ausland: Dem schwulen Paar aus Berlin kann es auf einer Reise nach Riga passieren, dass ihm ein Hotelzimmer verweigert wird. Der Rollstuhlfahrer aus Frankfurt/Oder hat keine Handhabe, wenn ihm beim Einkauf in Slubice der Zugang zu einem Geschäft verweigert wird. Die deutsche Rentnerin in Spanien ist dort gesetzlich nicht so vor Altersdiskriminierung geschützt, wie sie es in der Heimat wäre.

Berlin führt als Grund die Subsidiarität ins Feld. Die Idee, dass die Mitgliedsstaaten so viel wie möglich selbst regeln sollen und Brüssel nur dort eingreift, wo es das unbedingt muss, klingt hehr: Sollen sich doch andere Länder selbst so weitreichende Gesetze geben, wie es Deutschland getan hat! Doch wer so argumentiert, verkennt, dass in vielen konservativ geprägten Ländern Europas ohne Druck aus Brüssel in diesem Bereich nichts geschehen würde. Nehmen wir das Beispiel Polen. Der Diskriminierungsschutz dort, das sagt die Menschenrechtsbeauftragte des Landes selbst, beschränkt sich auf das durch Brüssel verlangte Minimum. Wenn am Ende ein überall gleichwertiger Schutz ausgerechnet am Widerstand der deutschen Bundesregierung scheitern sollte – einem Widerstand, der angesichts der deutschen Gesetzeslage rational nicht nachvollziehbar ist –, dann wäre das ein handfester Skandal.

*Die Autorin ist Leiterin der Antidiskriminierungsstelle des Bundes.*

## ESSAY

# Ein Lob auf

**E**s gibt sie, die Momente, in denen Eltern untereinander einfach mal ehrlich sind. In denen sie zugeben, dass der süße Bengel oder die niedliche Zuckerpuppe, die sie zu Hause heranziehen, gar nicht immer süß und niedlich ist, sondern oft auch trotzig und launisch. Und dass sie an manchen Tagen sogar froh sind, zur Arbeit gehen zu dürfen, um sich dort mit Erwachsenen zu umgeben, und das trotzig, launische Kind einfach in der Kita abgeben. Noch ein Kuss und Tschüss, bis heute Nachmittag! Mit ein bisschen Glück hat sich der Krach des Morgens dann gelegt, und man erhält ein müde gespieltes, glückliches Kind zurück. Sprechen wir also über die, die es auszubaden haben, und die für die meisten Eltern schlicht und ergreifend Helden des Alltags sind: die Erzieherinnen und Erzieher. Manchmal beneidet man sie. Um die Zeit, die sie mit dem eigenen Kind verbringen. Um all die vielen kleinen Augenblicke des Staunens, des Lachens, des Tröstens. Um die Wörter, die sie zum ersten Mal hören, manchmal sogar die Schritte, die sie zum ersten Mal sehen. Öfter aber bedauert man sie. Um den Krach, dem sie ausgesetzt sind, die vielen Scharmützel, die sie zu schlichten haben, das ständige Bemühen darum, freundlich und ausgeglichen, aber gleichzeitig bestimmt und konsequent zu sein. Um das Kunststück, auch den Kindern gegenüber offen und zugewandt aufzutreten, die sie nicht auf Anhub ins Herz schließen können. Und um die vielen traurigen Momente, wenn sie kompensieren müssen, was zu Hause alles schief läuft: wenn Eltern sich trennen und ängstliche, traurige Kinder zurücklassen. Oder niemand da ist, der kuschelt, kocht und vorliest.

Was Erzieherinnen und Erzieher täglich leisten, würden sich die meisten Eltern so nicht zutrauen. Wahrscheinlich haben sie auch deshalb zu Zigtausenden die Petition „Eltern für Erzieherinnen“ unterschrieben, die die Rechtsanwältin Angela Heinssen gestartet hat. Heinssen ist Vorsitzende der Kitalandeselternvertretung in Niedersachsen. Sie findet, dass der Streik der Erzieher in den kommunalen Kitas, der Eltern derzeit landauf, landab ins Schlingern bringt, berechtigt ist. „Wir Eltern solidarisieren uns mit den Erzieherinnen, weil wir wollen, dass der

Das Aufgaben  
der Kindergär  
wird immer  
umfassender.  
Erzieher bess  
entlohnem, m  
die Folge sein  
Eigentlich

SABINE MENKENS

## IMPRESSUM

Verleger AXEL SPRINGER (1985 †)

Herausgeber Stefan Aust

Chefredakteur: Jan-Eric Peters

Stellvertreter des Chefredakteurs:

Dr. Ulf Poschardt, Arne Teetz

Stellvertretende Chefredakteure:

Beat Balzli, Oliver Michalsky

Geschäftsführender Redakteur: Dr. Marius Schneider

Chefreporter Investigativteam: Jörg Eigendorf

Chefkommentatoren: Torsten Krauel,

Dr. Jacques Schuster

Leitender Redakteur: Matthias Leonhard,

Stv. Christian Gaertner, Henning Kruse

Creative Director: Cornelius Tittel

Artdirektion: Juliane Schwarzenberg

Politik: Jochen Gaugele, Marcus Heithecker, Lars

Schroeder, Stv. Karsten Kammholz, Claus Christian

Malzahn Außenpolitik: Dr. Sascha Lehnartz, Stv.

Dietrich Alexander Forum: Andrea Seibel, Stv. Rainer

Haubrich Wirtschaft/Finanzen: Thomas Exner, Olaf

Gersemann, Stv. Jan Dams, Dietmar Deffner, Michael

Fabricius Digital/Storytelling: Jennifer Wilton

Kultur/Stil: Andreas Rosenfelder, Stv. Annemarie

Ballschmider, Elmar Krekeler, Lucas Wie

Griese (Senior Editor) Literarische Welt:

merlings Sport: Stefan Frommann, St

Christian Witt, Volker Zeitler Reporta

Welt: Wolfgang Scheida, Heike Vowink

Norbert Lossau, Stv. Dr. Pia Heinemann

Krüger, Stv. Kira Hanser Motor: Dr.

(komm.)